

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Simone Probst, Margareta Wolf (Frankfurt), Dr. Manuel Kiper, Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn), Antje Hermenau, Michael Hustedt und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der Großen Anfrage der Abgeordneten Josef Hollerith, Christian Lenzer, Kurt J. Rossmanith, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr. Olaf Feldmann, Horst Friedrich, Dr. Karlheinz Gutmacher, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.

– Drucksachen 13/3542, 13/4673 –

Stärkung und Förderung innovativer kleiner und mittlerer Unternehmen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Innovation ist ein wichtiger Schlüssel zur Bewältigung der großen gesellschaftlichen Herausforderungen dieser Zeit. Die Umweltkrise und die Beschäftigungskrise können nicht gelöst werden ohne eine konsequente Strategie der ökologischen Innovation. Für deren Umsetzung sind die kleinen und mittleren Unternehmen – vor allem neugegründete Unternehmen – als beste Quelle neuer Arbeitsplätze sowie als Quelle von Zukunftstechnologien besonders wichtig.
2. Die Bundesregierung versäumt es, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, die kleine und mittlere Unternehmen stärken und gleichzeitig ökologische und soziale Innovation fördern. Diese Rahmenbedingungen sind insbesondere die immer noch ausstehende ökologische Steuerreform und die bessere Eigenkapitalausstattung innovativer kleiner und mittlerer Unternehmen durch Schaffung eines funktionsfähigen Risikokapitalmarkts.
3. Statt diese Zukunftsaufgaben anzugeben, blockiert die Bundesregierung mit ihrem starren Festhalten an Risiko-technologien wie Gentechnik, Kerntechnik und Kernfusion und Großprojekten wie Transrapid und bemannter Raumfahrt eine Umsteuerung in Richtung Energie- und Ressourceneffizienz.

4. Die von der Bundesregierung geförderten Großtechnologien schaffen kaum Chancen für kleine und mittlere Unternehmen, sondern bieten vorwiegend Großunternehmen neue Betätigungsfelder.

Beispiel Luft- und Raumfahrt: Das Festhalten an der überdimensionierten Ariane-5-Rakete dient allein der Subventionierung der Luft- und Raumfahrtindustrie. Das Risiko dieser mißglückten Unternehmung tragen nicht die an der Arianespace beteiligten Unternehmen wie DASA und MAN, sondern der Staat und auch die Wissenschaft, die beim Fehlstart ihre Forschungssatelliten verloren hat. Bei der Entwicklung der Ariane-5 haben Umweltaspekte, wie z. B. die Reduzierung der ozonschädigenden Chlorverbindungen im Treibstoff, keine Rolle gespielt. Maßgeblich war allein der – inzwischen geplatzte – Traum von einem eigenen europäischen Raumtransporter für Astronauten.

Der Luft- und Raumfahrtbereich bietet als klassische Großtechnologie, die kaum mehr im europäischen Staatenverbund bewältigt werden kann, wenig Chancen für kleine und mittlere Unternehmen. In diesen Bereich fließen jedoch nahezu 10 % der Forschungsgelder des Bundes.

Beispiel Energieversorgung: Mit der gerade getroffenen Entscheidung für den Bau des Fusionsreaktors Wendelstein-7X legt sich die Bundesregierung auf Ausgaben von ca. 500 Mio. DM allein für die nächsten acht Jahre fest. Für die Erforschung der Fusionsenergie, deren Praxistauglichkeit trotz jahrzehntelanger Forschung noch immer völlig unklar ist, will sie auch weiterhin ein Viertel der Energieforschungsmittel ausgeben. Diese Mittel fehlen in der Energieforschung zur Förderung von Energieeffizienztechniken und für ein Markteinführungsprogramm für erneuerbare Energien.

Das Stromeinspeisegesetz, das in der mittelständischen Windkraftindustrie in den letzten Jahren 5 000 Arbeitsplätze geschaffen hat, wird von der Bundesregierung als Instrument zur Förderung anderer umweltfreundlicher Energieträger nicht weiterentwickelt, um keine Konkurrenz für die großen Energieversorger aufkommen zu lassen. Auch die Stoßrichtung für die Reform des Energiewirtschaftsgesetzes zielt in erster Linie auf die Großindustrie und die Strommonopole, statt durch eine Weichenstellung für eine dezentrale Energieversorgung die Markteintrittsbarrieren für kleine und mittlere Unternehmen im Energiebereich (Ingenieur- und Planungsbüros, installierendes Handwerk, Energiedienstleistungsanbieter) zu senken.

5. Die staatliche Förderung der oben genannten Projekte ist zwar eine Investition in High-Tech-Bereiche, eine Investition in die Zukunft ist dies jedoch nicht. Großprojekte haben sich bereits in der Vergangenheit häufig als Milliardengräber und als am Bedarf vorbeigeplant erwiesen. Sie leisten keine Beiträge zu einer nachhaltig zukunftsfähigen Entwicklung, zu einer Produktionsweise, die die natürli-

chen Ressourcen schont und die Umweltbelastung reduziert. Selbst ihr Beitrag zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands ist zweifelhaft, denn die exorbitanten Preise dieser Technologien stehen einer breiten Vermarktung entgegen.

6. Die dynamischen Effekte einer langfristigen verlässlich geplanten ökologischen Steuerreform, die den Umweltverbrauch verteuert und den Faktor Arbeit verbilligt, eröffnet vor allem für kleine und mittlere Unternehmen neue Betätigungsfelder und schafft Rahmenbedingungen für eine echte Existenzgründungswelle. Die Verteuerung der Transportkosten wird lokale und regionale Kreisläufe zusätzlich stärken.
7. Das Kernproblem für die Finanzierung innovativer kleiner und mittlerer Unternehmen besteht im Fehlen eines funktionsfähigen Marktes für Risikokapital. Hierfür sind in erster Linie institutionelle Hemmnisse und die staatliche Begünstigung anderer Finanz- und Anlageformen, aber auch mentalitätsbedingte Aspekte verantwortlich. Es ist deshalb notwendig, das sicherheitsorientierte deutsche Universalbankensystem durch einen wettbewerbsfähigen, spezialisierten privaten Beteiligungsmarkt zu ergänzen. Der fehlende Risikokapitalmarkt in der Bundesrepublik Deutschland schlägt sich auch in der Eigenkapital schwäche, gerade kleiner und mittlerer Unternehmen, nieder. Besonders ausgeprägt ist dies in den neuen Bundesländern. Diese Hemmnisse sind mitverantwortlich für eine unerwünscht niedrige Gründungs- und Innovationsrate und eine unerwünscht hohe Insolvenzrate.
8. Um die Innovationsfähigkeit zu stärken, muß die Zusammenarbeit der kleinen und mittleren Unternehmen mit den Hochschulen und Forschungsinstituten weiter verbessert werden. Dies ist ein zweiseitiger Prozeß, der sowohl von den Unternehmen Akzeptanz für Methodik und öffentlichen Charakter der wissenschaftlichen Arbeitsweise verlangt, als auch von den Forschungsinstitutionen eine stärkere Professionalisierung im Bereich Projektmanagement.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- endlich einen Schlußstrich unter die Förderung von überholten Großtechnologien aus den siebziger und achtziger Jahren zu ziehen;
- eine ökologische Steuerreform zu verabschieden, um eine deutliche Weichenstellung in Richtung umweltfreundlicher Innovationen zu erreichen und Produkte und Produktionsweisen zu fördern, die langfristig verträglich sind;
- Verbundprojekte zwischen kleinen und mittleren Unternehmen und Hochschulen bzw. Forschungsinstituten zu einer wichtigen Säule der Forschungsförderung zu machen;
- endlich wirksame Schritte zur Schaffung eines funktionsfähigen privaten Risikokapitalmarktes einzuleiten. Als

erster Schritt ist eine überregionale Informationsbörse aufzubauen, um Angebot an Beteiligungskapital und Nachfrage kleiner und mittlerer Unternehmen zusammenzuführen, die gleichzeitig als unabhängige Beratungsstelle für alle öffentlich geförderten Finanzhilfeprogramme dienen soll.

Bonn, den 19. Juni 1996

Simone Probst

Margareta Wolf (Frankfurt)

Dr. Manuel Kiper

Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn)

Antje Hermenau

Michael Hustedt

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion